

Keine Leistung ohne Gegenleistung: Verlängerung der Stabilitätshilfe für Griechenland

Heute hat sich der Deutsche Bundestag in einer namentlichen Abstimmung für die Verlängerung der Stabilitätshilfe für Griechenland ausgesprochen. Entgegen zahlreicher Medienberichte handelte es sich hierbei lediglich um eine technische Verlängerung des bereits im März 2012 beschlossenen Finanzhilfeprogramms um bis zu vier Monate.

Dennoch war es keine einfache Entscheidung für mich. Aber in Abwägung aller Argumente, der wirtschaftlichen und auch der außenpolitischen Überlegungen, habe ich dem Antrag zugestimmt.

Für mich steht dabei das Prinzip fest: keine Leistung ohne Gegenleistung. Dafür steht Finanzminister Wolfgang Schäuble. Er hat sich in den entscheidenden Verhandlungen mit Nachdruck gegen eine unkonditionierte Finanzhilfe ausgesprochen und feste Regeln durchgesetzt. Von Anfang an hat er auf die Einhaltung der Zusagen gepocht, die Griechenland im Gegenzug für die Hilfskredite gemacht hat. Und Schäuble hat sich in der Sache durchgesetzt: Weitere Gelder aus dem Programm werden nur fließen, wenn die Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds bestätigt, dass die von der neuen griechischen Regierung vorgelegten Reformmaßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können. Ohne die gemeinsame Erklärung der Eurogruppe vom 20. Februar 2015 und das Bekenntnis der griechischen Regierung zu dem laufenden Reformprozess wäre die Grundlage für eine weitere Finanzhilfe entfallen.

Für mich ist entscheidend, dass wir die Verlängerung des Finanzhilfeprogramms an klare Bedingungen geknüpft haben. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Nun ist die griechische Regierung am Zug! Sie muss den Reformprozess konsequent umsetzen und Verantwortung übernehmen.

Der Blick auf Portugal zeigt, dass dies gelingen kann. Das Land plant, schon 2015 einen Teil der 2011 erhaltenen Finanzmittel zurückzuzahlen.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe CDU-Freunde,

eine arbeitsintensive Woche in Berlin liegt hinter mir. Geprägt war sie insbesondere von den ungeheuren internationalen Herausforderungen, vor denen wir derzeit stehen. Denken wir nur an die Lage im Nahen Osten, in Afrika oder in der Ukraine.

Gerade dort zeigt sich, dass Lösungen nur sehr schwer zu erreichen sein werden und Rückschläge nicht ausbleiben. Und doch ist es jede Anstrengung wert, sich für die Verbesserung der Lage der Menschen in der Ost-Ukraine einzusetzen.

Es ist meine feste Überzeugung, dass sich die Stärke des Rechts letztendlich gegen das angebliche Recht des Stärkeren durchsetzen wird. Es ist bewundernswert, mit welchem Einsatz unsere Bundeskanzlerin sich hier engagiert. Dafür sind wir dankbar!

Maria Böhmer

Ihr Kontakt zu Maria Böhmer

Wahlkreis:

Bürgerbüro Ludwigshafen

Benckiserstraße 26

67059 Ludwigshafen

Tel.: 0621 / 6299 604

Fax: 0621 / 6299 605

maria.boehmer@wk.bundestag.de

Berlin:

Bundestagsbüro

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 - 77575

Fax: 030 / 227 - 76575

maria.boehmer@bundestag.de

Für eine nachhaltige Entwicklung weltweit

Im September 2015 werden die Staats- und Regierungschefs bei den Vereinten Nationen zusammenkommen, um die „Post-2015-Agenda“ zu beschließen. Hierbei geht es um nicht weniger als die Frage: In welcher Welt wollen wir in Zukunft leben?

Die „Post-2015-Agenda“ soll an die Millennium-Entwicklungsziele anschließen, die 15 Jahre lang die Arbeit der internationalen Staatengemeinschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bestimmt haben. Ich durfte bei den Vereinten Nationen in New York die deutsche Delegation leiten, die den Vorschlag zur Formulierung der neuen Ziele wesentlich geprägt hat.

Auf der Basis einer Unterrichtung der Bundesregierung debattierten wir in dieser Woche darüber, wie diese Ziele ab 2015 umgesetzt werden können. Kerngedanke ist, dass wir eine gedeihliche Zukunft unseres Planeten nur gewährleisten können, wenn wir die Entwicklung *aller* Länder nachhaltig gestalten. Nachhaltig in drei Dimensionen: ökonomisch, ökologisch und sozial.

Es ist gelungen, darauf bin ich stolz und darüber bin ich froh, dass Bildung und Ausbildung einen besonderen Rang im Rahmen der Post-Millennium-Agenda erhalten werden. Denn Bildung ist überall auf der Welt der Schlüssel für Gerechtigkeit, sozialen Frieden, für Innovationskraft und Wirtschaftswachstum, den persönlichen Aufstieg und damit am Ende für eine funktionierende Zivilgesellschaft und politische Stabilität. Darüber hinaus haben wir erreicht, dass der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ein eigenes nachhaltiges Entwicklungsziel gewidmet worden ist. Dies sind entscheidende Weichenstellungen, die die globale Entwicklungspolitik über Jahre bestimmend prägen werden!

Koalition beschließt Mietpreisbremse

Wohnungen sind nicht einfach irgendeine Ware; sie sind das Zuhause von Menschen. In manchen Ballungszentren und Universitätsstädten gibt es heute Mietsteigerungen von bis zu 40 Prozent. Derart steigende Mieten verändern auf Dauer unsere Städte. Normalverdiener, Studierende, junge Familien und Rentner können sich solche Mietsteigerungen oftmals nicht leisten und sehen sich gezwungen umzuziehen.

Unsere Städte und Stadtviertel sollen aber vielfältig und bunt bleiben. Die Mietpreisbremse wird dazu beitragen, die Mieten auf einem bezahlbaren Niveau zu halten. Bei Abschluss eines Mietvertrags in den von den Ländern festgelegten Gebieten dürfen in Zukunft Mieten grundsätzlich nur höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Um Investitionen nicht zu gefährden hat die Union durchgesetzt, dass Neubauten und Erstvermietungen nach einer umfassenden Modernisierung von der Regelung ausgenommen sind. Darüber hinaus gilt nun auch im Maklerrecht der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt.“

Krise - Ordnung – Europa: Abschlussbericht des Projekts "Review 2014" des Auswärtigen Amts

Unter dem Titel „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ stand eine Initiative des Auswärtigen Amtes, deren Ziel es ist, Außenpolitik im direkten Dialog weiter zu denken und zu entwickeln.



60 öffentliche Bürgergespräche, Podiumsdiskussionen, Workshops und Simulationen sowie zahlreiche Diskussionen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes waren Teil des Review 2014. Aktiv habe ich mich an dem Projekt beteiligt und habe die Botschafterin Ruandas, Christine Nkulikiyinka, ins Pesch Haus geladen, wo wir mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern über Frauen- und Menschenrechte debattierten. Insbesondere ging es hierbei um die Rolle der deutschen Außenpolitik zur Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen. Darüber hinaus lud ich in Mainz zum Dialog mit der Präsidentin der Welthungerhilfe, Bärbel Dieckmann, wo wir uns gemeinsam mit zahlreichen Gästen über die Zukunft der globalen Entwicklungspolitik austauschten.

Außenminister Frank-Walter Steinmeier stellte am Donnerstag dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit den Abschlussbericht und die Schlussfolgerungen vor. Der Bericht bekräftigt die Grundkonstanten der deutschen Außenpolitik. Zugleich formuliert er den Anspruch, „früher, entschiedener und substantieller“ zu handeln und unterlegt dies mit konkreten Maßnahmen für die Arbeit des Auswärtigen Amtes.

Den vollständigen Bericht und nähere Informationen zum Review-Prozess finden Sie im Internet unter:

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AAmt/Review2014/ueberblick/Text_node.html

Besuchen Sie mich auf
www.maria-boehmer.de
[facebook.com/dr.maria.boehmer](https://www.facebook.com/dr.maria.boehmer)